

Vorblatt

Problem:

Studienwerberinnen und Studienwerber sollen sich aktiv um eine Studienberatung bemühen.

Eine Neugestaltung für stark nachgefragten Studien („Massenfächer“) soll dahingehend erfolgen, dass durch Verordnung Studien bzw. eine bestimmte Zahl an Studienanfängerinnen und Studienanfänger festgelegt werden, um die Bedingungen zu verbessern.

Ziel/Inhalt /Problemlösung:

Studienwerberinnen und Studienwerber müssen anlässlich der erstmaligen Zulassung zum Studium nachweisen, dass sie eine Studienberatung in Anspruch genommen haben.

Alternativen:

Keine.

Auswirkungen des Regelungsvorhabens:

Verbesserungen bei den Studienbedingungen.

– Finanzielle Auswirkungen:

Da die Studienberatungsstellen schon derzeit bestehen sind keine weiteren Kosten zu erwarten.

– Wirtschaftspolitische Auswirkungen:

– – Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:

Durch besser ausgebildete Absolventen und Absolventinnen ergeben sich bessere Chancen am Arbeitsmarkt.

– – Auswirkungen auf die Verwaltungskosten für Bürger/innen und für Unternehmen:

– Auswirkungen in umweltpolitischer Hinsicht, insbesondere Klimaverträglichkeit:

Keine.

– Auswirkungen in konsumentenschutzpolitischer sowie sozialer Hinsicht:

Keine.

– Geschlechtsspezifische Auswirkungen:

Keine.

Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Keine.